



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

Festakt 100 Jahre
dbb beamtenbund und tarifunion

Zurück in die Zukunft

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion

Berlin, 29. November 2018

Es gilt das gesprochene Wort.

„Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wohin er geht“, pflegte der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, zu sagen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, ich freue mich außerordentlich, Sie heute hier begrüßen zu dürfen. Es ist uns eine große Ehre, gemeinsam mit Ihnen daran zu erinnern, woher der dbb beamtenbund und tarifunion als berufsständische Organisation der deutschen Beamenschaft kommt.

In Ihrer viel beachteten Rede anlässlich des Gedenkens an die vielfache Bedeutung des 9. November in der jüngeren deutschen Geschichte haben Sie darauf hingewiesen, dass „ein demokratischer Patriotismus kein wohliges Ruhekitzchen, sondern ein beständiger Ansporn für alle ist, die sagen: Wir wollen und wir können die Zukunft besser machen!“

Ich denke, dies sollte Ansporn für uns alle sein – für jeden Bürger, in der Politik, in zahlreichen Organisationen und Vereinen und in Gewerkschaften. Vielen Dank für Ihre Ermutigung.

Hier und heute wollen wir in diesem Sinne vor allem den Blick auf die Zukunft und deren Herausforderungen richten, die der dbb als die Interessenvertretung für alle 4,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland mitgestalten will und wird.

Liebe Gäste,

ich möchte Sie einladen auf eine gedankliche Reise, in der es um Gewissheiten geht. Im positiven wie im negativen Sinne. Schreckliches ist geschehen in den vergangenen 100 Jahren. Aber auch viel Wunderbares – denken wir an die Wiedervereinigung nach langen Jahrzehnten der schmerzlichen Trennung. Gewissheiten, gute wie weniger gute, sind wichtige Fixpunkte des Verstehens und Lernens. Und Meilensteine der

Weiterentwicklung. Nichts ist so sicher wie der Wandel – auch das ist so eine Gewissheit. Also lassen Sie uns starten – zurück in die Zukunft, sozusagen!

Unser Jubiläumsband „100 Jahre dbb – Einheit in Vielfalt“, den wir heute aus gegebenem Anlass veröffentlichen, leuchtet die ersten dbb Jahre anschaulich und detailliert aus – die schwere Geburt des Beamtenbundes, bei der 1918 der Einigungswillen der deutschen Beamtenschaft endlich deren „Zersplitterungssucht“, wie historische Quellen formulieren, überwand; getragen von der Gewissheit, dass man, gerade in schweren Zeiten, gemeinsam einfach stärker ist und mehr erreichen kann.

Licht werfen wir in unserer Festschrift auch auf das der Gründungsphase folgende historische Kapitel der noch jungen Demokratie im Deutschen Reich: die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, denen sich, das müssen wir unumwunden so dokumentieren, die deutsche Beamtenschaft alles andere als vehement in den Weg stellte.

Geschichtsvergessenheit können und dürfen wir uns nicht leisten. Nicht in der Gesellschaft und im Land. Und auch nicht als Spitzenorganisation und Sozialpartner, die für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sprechen. Das sage ich nicht nur mit Blick in den Rückspiegel. Das sage ich insbesondere bei Betrachtung der Gegenwart: Die Legitimation unseres Rechtsstaates wird von unterschiedlichen Seiten in Frage gestellt. Wir im öffentlichen Dienst dürfen nicht nur auf die Politik schauen und von dort allein die Bewahrung unseres Staates und unserer Gesellschaft erwarten.

Wir alle sind gefordert und als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sogar in besonderer Weise. Wir sind Recht und Gesetz verpflichtet. Wir dienen immer und zuerst der freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung, die das friedliche Zusammenleben unserer Gesellschaft

ermöglicht. Deshalb gilt: Wer nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden unserer Verfassung steht, für den ist bei uns kein Platz.

Und damit, liebe Gäste, sind wir im Hier und Jetzt angekommen.

So, wie es verlorene und neue Gewissheiten in der Geschichte getan haben, bestimmen solche auch heute unser aller Geschicke. Der gesellschaftliche Konsens in Politik und Alltag wird seit geraumer Zeit von Teilen der Gesellschaft in Frage gestellt. Der politische Raum wird neu vermessen. Die Parteienlandschaft, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen und die unser Land geprägt hat, hat sich verändert. Viele Bürgerinnen und Bürger haben in zentralen Bereichen ihres Alltags den Eindruck, dass nicht mehr in ausreichendem Maß für ihre Bedürfnisse gesorgt wird. Trotz positiver wirtschaftlicher Rahmendaten und hohem Beschäftigungsgrad ist die Verunsicherung groß. Die Gewissheit unserer Tage ist, dass viele Menschen Vertrauen in das Funktionieren unserer Demokratie und unseres Staats zu verlieren drohen. Das gilt es unter allen Umständen zu verhindern.

Was gebraucht wird, ist der Mut, existierende Strukturen zu stärken und Fehlentwicklungen nicht nur irgendwie einzuhegen, sondern klar zu benennen und durch neue Strukturen zu ersetzen. Das wiederum wird nur möglich sein, wenn wir den bundesrepublikanischen Gesellschaftsvertrag, wie er seit Beginn der Bundesrepublik gilt, stärken und, wo nötig, erneuern. Heute sagt man dazu wohl: Wir müssen die Bundesrepublik 2.0. entwickeln.

Wie sieht die Zukunft von Bildung, Arbeit und sozialer Sicherung aus? Wieviel ökonomische und gesellschaftliche Freiheit darf's denn sein, welche Rahmenbedingungen soll der Staat setzen? Und Privat vor Staat? Oder

andersrum? Gewissheit in Fragen zu diesen elementaren, richtungsweisenden Aspekten, die unser Gemeinwesen weitgehend bestimmen, gehört zum Selbstverständnis unserer Demokratie. Die vom Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler beklagte „Verkürzfristigung“ in der Politik lässt aber weder Raum noch Zeit für Gewissheiten. Der Staat handelt weitgehend reaktiv. Bösartig formuliert: Das „Irgendwie“ ist zum Prinzip erhoben. Für die gesellschaftlichen Aufgaben der nächsten Jahre brauchen wir aber kein Irgendwie, sondern Gewissheit darüber, welchen Staat, welches Deutschland wir wollen.

Allumfassend kann diese Frage nur durch eine breit angelegte politische und gesellschaftliche Debatte beantwortet werden. Wenn es aber um die Rolle des öffentlichen Dienstes bei der Zukunftsgestaltung geht, hat der dbb beamtenbund und tarifunion durchaus einige Ideen und, ja, Gewissheiten, die wir gerne einbringen, um auch die Bundesrepublik 2.0 zu einem Erfolgsmodell zu machen.

Welche Ziele dem öffentlichen Dienst in Zukunft aufgegeben werden, darf nicht Ergebnis eines kleinmütigen Zurückweichens vor vermeintlichen Sachzwängen sein. Vielmehr müssen sich Gesellschaft und Staat auf eine grundsätzliche Richtung einigen, eine neue Idee vom deutschen Staatsverständnis im 21. Jahrhundert formulieren. Darauf fußt dann auch die zukünftige Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes.

Der dbb will die flächendeckende Sicherstellung der bestmöglichen Qualität und Kontinuität staatlicher Dienstleistungen. Die Bedeutung und der Umfang staatlicher Aufgaben sind in der Vergangenheit nicht geringer

geworden. Gleichzeitig wird das Versprechen des Staates, hoheitliche Aufgaben auch mit Zuverlässigkeit zu erledigen, immer häufiger gebrochen: Da kommt nachts beim Einbruch auf dem Land einfach keine Polizei mehr. Schulunterricht? Fällt verlässlich aus. Die abgehetzten, ausgebrannten Pflegekräfte in den Kliniken möchte man am liebsten gleich mit einweisen, und Integration, Inklusion – alles supertolle Sachen, wenn denn Personal dafür da wäre. Wer will sich da noch wundern, wenn das Vertrauen in den Staat zunehmend erodiert?

Das Berufsbeamtentum ist und bleibt die tragende Säule des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem wegweisenden Grundsatzurteil zum beamtenrechtlichen Streikverbot in diesem Jahr erneut deutlich gemacht: Nur der Beamtenstatus garantiert einen in wesentlichen Aufgabenfeldern streikfreien und verlässlichen öffentlichen Dienst. Der dbb wird sich weiter für eine zeitgemäße Modernisierung des Berufsbeamtentums einsetzen, aber ohne dessen Prinzipien und dessen Identität in Frage zu stellen. Hierzu passt das Ergebnis der Föderalismusreform nicht. Diese hat zu deutlichen Einkommensunterschieden und zu eingeschränkter Mobilität geführt. Dabei war gerade die bundesweit gleich hohe Qualität der Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Beamtinnen und Beamten Basis der Erfolgsgeschichte des deutschen Berufsbeamtentums. Um diesen Status zukunftsfest zu gestalten, erachten wir es für notwendig, im Beamtenbereich wieder attraktive bundeseinheitliche Rahmenbedingungen mit grundeinheitlichen Besoldungs- und Versorgungsparametern zu schaffen.

Wir sagen: Gleich- und hochwertige Versorgung geht vor Wettbewerb. Seit den 80er Jahren hielt der Glaube in der Politik Einzug, Privatisierung und Wettbewerb würden die Qualität bis dahin öffentlicher Dienstleistungen steigern. Heute wissen wir: Der Qualität von Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Kultur haben Privatisierung, Wettbewerb und die zunehmende Teilung der Tariftische nicht gutgetan. Jeder Mensch in Deutschland soll sich darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst überall im Land gleich gut für ihn da ist. Der Staat muss wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger stehen.

Stärkung des Berufsbeamtentums, mehr Staat und Vitalisierung der Idee des Flächentarifs – da drängt sich vielleicht der Verdacht auf, der dbb wolle aus Anlass seines 100-jährigen Geburtstages zurück in die Vergangenheit. Doch wir müssen eben feststellen, dass es seit einiger Zeit eine ungewöhnliche Gleichzeitigkeit wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlicher Verunsicherung gibt. Hierauf muss der Staat reagieren – und was liegt da näher, als seine Strukturen zu stärken?

Der öffentliche Dienst in Deutschland gehört zu den besten der Welt. Er ist gleichermaßen Standortfaktor für die Wirtschaft und Motor der sozialen Ambitionen unseres Wohlfahrtsstaates. Aber der öffentliche Dienst lebt von der Substanz. Der jahrzehntelange Raubbau an seinen Ressourcen hat den „schlanken“ Staat quasi auf die Intensivstation befördert. Das wird beim Blick auf den nicht nur baulich, sondern insbesondere personell vollkommen maroden Zustand vieler öffentlicher Einrichtungen augenfällig. Die Altersstruktur im öffentlichen Dienst einerseits und die sich alljährlich verschärfende Wettbewerbssituation um qualifizierten Nachwuchs mit der Privatwirtschaft andererseits machen die

Auswirkungen noch viel dramatischer. Woher nehmen wir in den kommenden Jahren die gut ausgebildeten Erzieher, Lehrkräfte, Polizisten, Feuerwehrleute oder Verwaltungsexperten, ebenso wie IT-Experten, Krankenpfleger oder Busfahrer? Natürlich hat die Antwort auch mit Geld zu tun. Einkommen im öffentlichen Dienst müssen konkurrenzfähig sein. Aber es kommt nicht nur aufs Geld an. Das ganze Paket muss stimmen, um den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Gute Perspektiven, Arbeitsplatzsicherheit, flexible Angebote bei Arbeit und Arbeitszeit sowie familienfreundliche Angebote – das sind Bedingungen, die auch für jüngere Menschen ein Grund sind, sich für eine Karriere im öffentlichen Dienst zu entscheiden. Hier ist sicher noch nicht alles perfekt. Aber auch aufgrund unseres Engagements können wir sagen: Vieles ist auf dem richtigen Weg. Und der Staat kann als Arbeitgeber mit einem ganz besonderen Pfund wuchern, das vor allem junge Menschen nach wie vor sehr überzeugend finden: Die Arbeit für Staat und Gesellschaft lohnt sich. Sie ist sinnstiftend. Sie ist lebendige Demokratie, lebendiger Rechts- und Sozialstaat, sie ist wichtiger Teil eines Großen und Ganzen. Eine schöne Gewissheit.

Auch mit der Mega-Aufgabe Digitalisierung haben das Land und speziell der öffentliche Dienst ein dickes Brett zu bohren. Noch immer gibt es keinerlei konsistente Digitalisierungsstrategie, dabei bräuchten wir eine solche so dringend. Die Digitalisierung verändert die Arbeit in Rathäusern, Schulen, Krankenhäusern, Polizeidienststellen und nahezu allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Wie das im Detail organisiert werden soll, und wo die Gesellschaft den technischen Möglichkeiten ethische Grenzen setzen will, müssen wir zügig klären. Wenn die Bundesrepublik, zeitnah „Weltspitze“ sein will, dann muss der öffentliche Dienst Speerspitze dieser Weltspitze sein. Dafür brauchen wir modernste Technik und

bestausgebildetes Personal. Im Zweifel brauchen wir das auch dringender als die „schwarze Null“.

Sie sehen, sehr verehrter Herr Bundespräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren: Es gibt eine ganze Menge zu tun. Aber das schreckt uns nicht – im Gegenteil. Nur weil wir jetzt in unserem 100. Jahr sind, sehen wir noch lange nicht alt aus. Der dbb war und ist engagierter und streitbarer Partner der Politik. Als solcher und Verfechter eines modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienstes, bei dem der Mensch weiter im Mittelpunkt steht, will der 100 Jahre junge dbb weiterhin den öffentlichen Dienst der Zukunft gestalten.

Herr Bundespräsident, nach Ihrer Wahl haben Sie zu mehr „Mut für die Demokratie“ aufgerufen, haben appelliert, dass das Ringen um Lösungen in einer Demokratie nicht als Schwäche empfunden werden soll. Das gilt, wie ich auch schon eingangs sagte, für jeden Bürger, jede Organisation und die Gewerkschaften – und daher appelliere ich heute an uns alle: Lassen Sie uns gemeinsam den dbb und den öffentlichen Dienst fit für die Zukunft machen. Denn ein funktionierender, national wie international überzeugender öffentlicher Dienst kann der Kitt für jenen gesellschaftlichen Zusammenhalt sein, der auch die Bundesrepublik 2.0 stark macht. Einigkeit und Recht und Freiheit sind dabei unsere unverrückbare Gewissheit.